Nachwort: Religion und DIE LINKE

Auch wenn die Bindungskraft der Kirchen in den letzten Jahren abgenommen hat, spielt Religion in der Gesellschaft immer noch eine wichtige Rolle. Obwohl die Zahl der Konfessionslosen zunimmt, bekennt sich im Bundesdurchschnitt eine deutliche Mehrheit zu einer Religion. Zugleich wird die Gesellschaft religiös vielfältiger.

Der vorliegende Band »DIE LINKE und die Religion« hat den Beweis angetreten, dass die Debatte über das Verhältnis der LINKEN zur Religion in unterschiedlichen Perspektiven und Dimensionen nicht nur Denksport ist, sondern sehr viel mit der Praxis von Sozialistinnen und Sozialisten und mit ihrem Zugang zu Menschen zu tun hat. Sie ist eine Debatte, die sehr konkret ist.

Als Impuls für die Diskussion über eine linke Praxis in Bezug auf Religion sind mir drei Gedanken wichtig: Die Bewertung von Religion, der Umgang mit Religion sowie religiösen Menschen und die Positionierung in der aktuellen Epoche.

Zur Bewertung von Religion: Das Klischee, dass Linke und speziell Marxistinnen und Marxisten religionsfeindlich seien, hält sich hartnäckig. Ich erlebe das regelmäßig. Die Tatsache, dass DIE LINKE eine religionspolitische Sprecherin hat und in einer Kommission das Verhältnis der Partei zu Fragen der Religion diskutiert, führt zu interessierten, aber oft auch ungläubigen bis spöttischen Reaktionen. Und dies ist auch kein Zufall.

Das liegt zum einen daran, dass Kirche und Religionen auch ein Teil der Herrschaftsgeschichte sind, also zur Legitimation und Absicherung von Herrschaft herangezogen wurden und werden. Das gilt nicht nur für den Feudalismus, sondern auch für kapitalistische Gesellschaften. Mal geschieht es offenkundig, mal subtil. Indem sich ein Staat eine bestimmte Religionsausübung zur Grundlage nimmt, indem Angehörige anderer Religionen und Weltanschauungen diskriminiert werden oder indem Teile des Staatsapparates mit der Kirche oder Religionsgemeinschaft verwoben werden – wie in der Militärseelsorge (siehe den Beitrag von Peter Bürger auf S. 215).

Aber den Missbrauch der Religion zu Herrschaftszwecken abzulehnen, heißt nicht, Religion an sich abzulehnen. Rosa Luxemburg hielt in ihrer Broschüre »Kirche und Sozialismus« ein glasklares Plädoyer für die Religionsfreiheit und richtete sich zugleich unmissverständlich gegen den Missbrauch der Religion zur Sicherung der Herrschaft: »Die Sozialdemokratie nimmt niemandem seinen Glauben und kämpft nicht gegen die Religion! Sie fordert dagegen völlige Gewissensfreiheit für jeden und Achtung vor jeglichem Bekenntnis und jeg-

licher Überzeugung. Aber wenn die Priester die Kanzeln als Mittel des politischen Kampfes gegen die Arbeiterklasse missbrauchen wollen, so wenden sich die Arbeiter gegen sie wie gegen alle Feinde ihrer Rechte und ihrer Befreiung.«

Dies ist übrigens eine völlig andere Haltung als die, die unter der Religion als Privatsache nicht die Entscheidungsfreiheit des einzelnen versteht, sondern die Verdrängung der Religion aus der Öffentlichkeit und so die Entpolitisierung der Religion fordert. Diese Haltung missachtet, dass eine Religion, religiöse Menschen und Institutionen immer auch ein Produkt der Welt sind, in der sie leben.

In den Jahren der Nachkriegszeit haben sich weltweit Theologinnen und Theologen zu Wort gemeldet und sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gegen Faschismus, die atomare Aufrüstung, imperialistische Kriege, Ausbeutung, Verfolgung und Unterdrückung eingebracht und sich dabei auch gegen die Kollaboration der Kirche mit kapitalistischer Herrschaft gerichtet.

Papst Franziskus fordert, die Häfen für Geflüchtete zu öffnen, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, den Familiennachzug für Flüchtlinge zu ermöglichen, kirchliche Ehrenamtliche engagieren sich wie in kaum einer anderen Institution in der Flüchtlingssolidarität und suchen dabei auch offensiv den Streit mit der Regierung in Fragen wie Asylrechtsverschärfung und Familiennachzug. Damit legitimiert und zementiert Kirche keine Herrschaft, sondern sie stellt eine unmenschliche Politik der Abschottung und Abschiebung infrage. Sie hält denen, die über »wertegeleitete« Politik sprechen und gleichzeitig Grenzen hochziehen, den Spiegel vor und ermuntert Menschen zum Widerspruch, zum Eingreifen und zur Solidarität im Alltag.

Ich hatte die Gelegenheit, im Frühjahr 1993 mit Kommilitoninnen und Kommilitonen für sechs Wochen in das vom Bürgerkrieg zerstörte El Salvador zu reisen. In mein Gedächtnis hat sich der Eindruck unseres Besuches in der Jesuitenuniversität UCA eingebrannt, in der keine vier Jahre zuvor sechs Jesuitenpater, ihre Haushälterin und deren 15-jährige Tochter von einer durch die US-Armee geschulte Eliteeinheit der Armee ermordet wurden. Weil sie ihre theologische Praxis eng mit dem Widerstand gegen eine herrschende Politik verbanden, die die Armen knechtete, wurden der bekannte Befreiungstheologe Ignacio Ellacuria und seine Kollegen bestialisch hingerichtet.

In El Salvador spürte ich zugleich die Kraft all derer, die – motiviert durch ihren Glauben – Vertriebenen und durch den Krieg traumatisierten Menschen eine Perspektive gaben, sie motivierten, neuen Mut zu schöpfen, nicht aufzugeben.

An den Istanbuler Gezi-Park-Protesten gegen die Regierungspolitik Erdogans im Jahr 2013 beteiligte sich eine Gruppe mit dem Namen »Antikapitalistische Muslime«.

Teile der Jugendorganisation der Muslimbrüder in Ägypten protestierten nicht nur gegen die Mubarak-Diktatur, sondern beteiligten sich auch am ägyptischen Wahlbündnis »Die Revolution geht weiter« vom Herbst 2011 unter der Führung der linken Partei »Sozialistische Volksallianz«.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Mehrheit der Protestierenden im Volksaufstand gegen den sudanesischen Diktator Omar al-Bashir Muslime war. Die Grenze läuft hier nicht zwischen den religiösen und nicht-religiösen Menschen, sondern entlang deren Positionierung zur Diktatur.

Die Forderung, dass Kirche und Religionen unpolitisch sein sollen, widerspricht der Lebenserfahrung. Es gibt keinen luftleeren Raum, in dem Religion neutral existiert. Sie und ihre Vertreterlnnen positionieren sich. Auf der einen oder auf der anderen Seite. Wer sich in wichtigen gesellschaftlichen Fragen nicht positioniert, unterstützt indirekt immer die herrschenden Verhältnisse.

Zum Umgang mit Religion: Als Sozialistin ist es mein oberstes Ziel, Menschen für den gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu gewinnen. Das setzt voraus, dass ich Menschen annehme und »auf Augenhöhe« behandle, unabhängig von ihrer Religion oder Weltanschauung.

Ich habe oft erlebt, dass Laizisten in missionarischer Manier Menschen von ihrer Weltanschauung überzeugen wollten und damit gemeinsame Aktion unmöglich gemacht haben. Oder wie sie, in der Annahme, sie wüssten etwas über die Motivation und die Haltung von religiösen Menschen, nur gängige Vorurteile reproduzierten. Beispielsweise, dass ein Kopftuch für ein reaktionäres Gesellschafts- und Rollenverständnis stünde.

Vielleicht hilft ihnen der Verweis darauf, dass Marx und Engels erklärte Gegner eines militanten Atheismus waren. So kritisierte Marx in seinen frühen Schriften Intellektuelle wie Bruno Bauer, die sich als Bekämpfer der Religion radikal gaben, aber rein moralisch-idealistisch argumentierten. Diese Form der Kritik führte zu einem Ansatz, gläubige Menschen belehren und sie durch Aufklärung ihrer falschen Ideen entledigen zu wollen. Marx kritisierte die obsessive Kritik Bauers selbst als »religiös«. Er wolle das himmlische Abbild des menschlichen Elends verbieten, statt für die Abschaffung ihrer gesellschaftlichen Ursache zu kämpfen: das reale Elend des Kapitalismus.

Umgang mit Religion sagt viel über den Umgang mit den Menschen, die man für gemeinsames Handeln gewinnen will.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Im September 2012 besuchte ich mit einer Abgeordneten-Kollegin eine Betriebsbesetzung im tunesischen Ezzahra, wo sich das damals besetzte Werk des deutschen Kabelbaum-Herstellers LEONI befand. Das Werk sollte geschlossen werden, weil das Lohniveau in dem Werk höher war als in den anderen LEONI-Werken. Drei Viertel der BesetzerInnen waren Frauen, die allermeisten von ihnen erkennbare Musliminnen.

Bereits im Vorfeld rief der Distrikts-Gouverneur beim deutschen Botschafter an, um unseren Besuch zu verhindern. Nachdem wir den Kolleginnen und Kollegen unseren Solidaritätsbesuch abgestattet hatten, sah sich die Geschäftsleitung von LEONI Tunesien veranlasst, die laufenden Verhandlungen mit der Gewerkschaft auszusetzen. In der Presse ließ sie verlauten, dass es sich um einen »unverantwortlichen« Besuch von deutschen Abgeordneten einer »extrem linken Partei« gehandelt habe. Die Unternehmensführung legte Wert auf die Feststellung, dass sie »rechtlich vorgehen werde gegen diese ausländischen Parteien und jene, die sie eingeladen haben.«

Nach unserer Rückkehr erfuhren wir, dass die Verhandlungen schließlich doch zu Ende geführt worden sind. Das Ergebnis war eine Entschädigung, die näher an den Gewerkschaftsforderungen war als am Angebot der tunesischen Unternehmensleitung.

Hätten wir den Betrieb nicht besucht, weil die meisten ArbeiterInnen religiös waren, oder hätten wir mit ihnen eine Diskussion über Religion angefangen, bevor wir uns mit ihnen solidarisch erklärten, wir wären nicht mit Kuchen, Saft und Applaus empfangen worden, sondern wahrscheinlich hätten sie nicht mit uns gesprochen. Wir hätten nicht unseren winzig kleinen Beitrag zu dem großartigen Kampf der Arbeiterinnen leisten können. Und wir hätten eine Chance verpasst, etwas zu verstehen und zu lernen über die vermeintlich anderen.

Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit religiösen Menschen ist in Deutschland aber an der Tagesordnung. Teilweise als bewusste Ausgrenzung, weil religiöse Menschen in eine bestimmte Schublade gesteckt und als nicht kooperationsfähig markiert werden. Teilweise unbewusst, weil es viel zu wenig bewusste Anstrengungen gibt, religiöse Menschen, Gruppen und Gemeinden in soziale Auseinandersetzungen mit einzubeziehen.

Das muss nicht so sein. Die GEW Berlin etwa unterstützt Lehrerinnen und Lehrer an den beiden Berliner Jüdischen Schulen in ihren Arbeitskämpfen um Tarifverträge, gleiches Geld für gleiche Arbeit und eine Altersabsicherung. Dabei verläuft der Riss nicht zwischen Säkularen und Religiösen. In der GEW organisierte Lehrerinnen und Lehrer am Jüdischen Gymnasium Moses Mendelssohn und an der Heinz-Galinski-Schule kämpfen um ihre Rechte und die Gewerkschaft unterstützt sie dabei unabhängig von ihrem Glauben.

Im Frühjahr 2019 forderte die Organisation Terre des Femmes, die seit einigen Jahren in der Kritik von linken Akteuren steht, weil sie in ihrem Umgang mit dem Islam keine Trennschärfe zu rechten, islamfeindlichen Kräften hat, die Linksfraktion auf, zwei Referentinnen von der Antirassismus-Konferenz »Solidarität ist unteilbar« der Linksfraktion auszuladen. Wir haben die diffamierende Kritik von Terre des Femmes zurückgewiesen und klargestellt: Wir wollen mit unterschiedlichen Menschen in Dialog treten. Wir denken, dass

wir von ihren Erfahrungen lernen und gleichzeitig ihnen Positionen und Sichtweisen der LINKEN nahebringen können. Genau das ist mit beiden Referentinnen gelungen.

Missionarisches Gebaren unter dem Vorwand von Religionskritik verhindert gemeinsames Handeln und Solidarität. Menschen verändern sich im gemeinsamen Handeln. Ich bin für die Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten in ihrem Einsatz für ein Paradies auf Erden. Sie ist wichtiger als die Einheit der Meinung über das Paradies im Himmel.

Das führt mich zu meinem dritten und letzten Punkt, der Einordnung in die aktuelle Epoche: Wir können nicht über den Umgang der Linken mit Religion sprechen, ohne den gesellschaftlichen Kontext zu beachten.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 stellt fest, dass »Judenhass und Muslimfeindschaft« eine »zentrale Rolle« spielen. »Im Osten überschreitet die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen wieder die 30-Prozent-Marke und im Westen klettert sie erneut über 20%. Auch ist die Abwertung von Gruppen angestiegen, die als ›fremd‹ oder ›abweichend‹ stigmatisiert werden. Während sich im Jahr 2014 36,5 Prozent der Befragten dafür aussprachen, Musliminnen und Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, ist der Anteil 2018 auf 44,1 Prozent der Befragten gestiegen.« (Decker/Brähler: 101)

Die von einigen politischen Akteuren gezielt beförderte Angst vor einer »Überfremdung« durch den Islam oder gar vor einer Hegemonie des Islams im öffentlichen Raum (»Islamisierung«) hat zudem zu Fehlwahrnehmungen geführt. So schätzten 2018 die Deutschen in einer Befragung des Ipsos-Instituts (2019) den Anteil von Musliminnen und Muslimen in der Bevölkerung im Schnitt auf 21%, tatsächlich betrug er im Jahr 2016 lediglich etwa 6% (Pew Research Center 2017).

Die AfD hetzt gegen Muslime und schürt damit eine rassistische Stimmung im Land. Schützenhilfe erhält sie immer wieder von bürgerlicher Presse oder Politik, wenn etwa Innenminister Seehofer erklärt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland oder die BILD-Zeitung reißerisch über den Islam und muslimische Riten schreibt oder pauschalisierende behauptet: »Muslime hassen Juden«.

Die Wut der extremen Rechten richtet sich gegen den Islam. Ihre Ideologie des großen Bevölkerungsaustausches, also die Wahnvorstellung, dass die weißen Europäer sowohl durch Afrikaner als auch Muslime verdrängt werden, ein Plot, der in der Phantasie einiger Rechter von dem jüdischen Milliardär George Soros gesteuert wird, ist sowohl rassistisch, antisemitisch als auch antimuslimisch. Aber ihre Wut richtet sich auch gegen die Kirchen, die angeblich eine »unheilige Allianz« mit »dem Zeitgeist und den Mächtigen« eingegangen sei, wie sie es in einem Pamphlet der thüringischen AfD-Fraktion heißt. Die Partei Höckes besitzt die Dreistigkeit, sich in die Tradition der Barmer Theologi-

schen Erklärung der Bekennenden Kirche im Faschismus zu stellen. Sie wirft der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Berufung auf die Barmer Erklärung vor, sich der »Herrschaft des rot-grünen Zeitgeistes« zu unterwerfen. Die Kämpferinnen und Kämpfer gegen die Kollaboration der Kirche mit dem Hitlerfaschismus würden sich im Grabe umdrehen.

In solch einer Situation ist es geboten, darüber nachzudenken, wie die gesellschaftlichen Konfliktlinien verlaufen und auf welche Seite ich mich stelle – ob ich nun religiös bin oder nicht. Den Opfern des von der AfD geschürten Rassismus hilft es sicher nicht, wenn sie sich zugleich von vermeintlichen linken Religionskritikern unter Beschuss sehen. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass sich LINKE kompromisslos vor die Opfer rassistischer Hetze zu stellen haben.

Ich wünsche mir, dass dieses Buch gelesen, weiterverbreitet und diskutiert wird. Gern kontrovers, aber immer in der klaren Absicht, sich nicht ablenken zu lassen von der eigentlichen Frage, wie eine soziale, humanitäre, ökologische und friedliche Gesellschaft zu erreichen ist.

Literatur

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018): Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen.

Ipsos-Instituts (2019): Perils of Perception 2018. Online unter: www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2018-12/perils_of_perception_2018_charts_v1 final 041218 1.pdf.

Pew Research Center 2017: Europe's Growing Muslim Population. Online unter: www. pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/.